

Medieninformation

Sächsische Staatskanzlei

Ihr Ansprechpartner
Ralph Schreiber

Durchwahl
Telefon +49 351 564 10300
Telefax +49 351 564 10309

presse@sk.sachsen.de*

12.03.2025

Bund und Länder statten Stiftung Preußischer Kulturbesitz finanziell besser aus

Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und Bundeskanzler unterzeichneten neue Vereinbarung – Anfang 2026 tritt sie in Kraft

Berlin (12. März 2025) – Das neue Finanzierungsabkommen für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist offiziell besiegelt. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterzeichneten das Abkommen am Mittwoch (12. März 2025) gemeinsam mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz. Die Unterzeichnung fand im Beisein der Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, und des Stiftungspräsidenten Prof. Dr. Hermann Parzinger im Bode-Museum in Berlin statt, das Teil der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist.

Bundeskanzler Olaf Scholz: »Das neue Abkommen zur Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist eine kraftvolle Investition in den Kulturstandort Deutschland. Gemeinsam bekennen sich Bund und Länder damit zur größten Kultureinrichtung unseres Landes. So kann sie ihre außergewöhnlichen Kunstschatze künftig noch besser zur Geltung bringen. Zugleich gibt das neue Abkommen den rund 2.000 Beschäftigten der Stiftung den politischen Rückhalt, um dieses kulturelle Flaggschiff erfolgreich zu neuen Ufern zu navigieren. Den Ländern danke ich sehr für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.«

Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer: »Kunst und Kultur prägen und bereichern uns, sorgen für Inspiration, Austausch und Begegnungen. Deshalb ist es gut und richtig, dass der Bund und wir als Länder in bewährter Weise und im Wissen um den hohen Stellenwert der Kultur für unser Land Verantwortung übernehmen. Es ist ein wichtiges Signal, dass wir trotz schwieriger Haushaltslage in den Ländern gemeinsam handeln und daran mitwirken, dass eine gute Arbeit der größten deutschen Kultureinrichtung

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstr. 1
01097 Dresden

www.sk.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 9, 13

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze
gilt: Bitte beim Pfortendienst
melden.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

auch künftig sichergestellt ist und sich die Stiftung weiter erfolgreich entwickeln kann. Von besonderer Bedeutung ist dabei für uns Bundesländer das föderale Programm der Stiftung und eine starke Ausstrahlung hinein in alle Regionen.«

Der stellvertretende MPK-Vorsitzende, Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil: »Alle kennen die bedeutenden Museen auf der Museumsinsel in Berlin. Sie gehört zusammen mit zahlreichen anderen Museen, Bibliotheken, Archiven und Forschungsinstituten zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Ihre Bestände dokumentieren die Entwicklung der Menschheit von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Gemeinsam mit dem Bund erhöhen wir jetzt den Etat der Stiftung um insgesamt 12 Millionen Euro jährlich und stärken damit eine der größten Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen weltweit.«

Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Prof. Dr. Hermann Parzinger: »Ich danke den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder von Herzen für dieses starke Signal. Wir wissen, wie angespannt die Lage der öffentlichen Haushalte in dieser Zeit überall ist. Umso bedeutender ist dieser Schritt. Die SPK, das wird auch an diesem Tag wieder deutlich, ist ein Kind des Kulturföderalismus und wirkt deutschlandweit. Dem berechtigten Wunsch der Länder, neben Berlin auch stärker mit Ausstellungen und Projekten in den Ländern präsent zu sein, tragen wir mit einem Föderalen Programm Rechnung, das wir neu ausgerichtet haben.«

Das Abkommen tritt zum 1. Januar 2026 in Kraft. Danach werden Bund und Länder vom kommenden Jahr an jährlich einen Sockelbetrag in Höhe von knapp 135 Millionen Euro zur Finanzierung der größten deutschen Kultureinrichtung beitragen. Das sind 12 Millionen Euro mehr als bisher. Die Länder tragen ein Viertel dieser Kosten, der Bund übernimmt drei Viertel. Der über den Sockelbetrag hinausgehende jährliche Finanzbedarf der Stiftung wird vom Bund zu 75 Prozent und dem Land Berlin zu 25 Prozent getragen. Der Bund übernimmt allein die Kosten notwendige Neubau- und Sanierungsmaßnahmen.

Bereits Ende des vergangenen Jahres hatten sich Bund und Länder per Umlaufverfahren auf das neue Abkommen geeinigt.

Hintergrund

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist mit ihren 25 Museen, Bibliotheken, Archiven und Forschungsinstituten und rund 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bundesweit die größte Kultureinrichtung und eine der bedeutendsten weltweit. Der Bund und alle 16 Bundesländer tragen und finanzieren sie gemeinschaftlich. Die Sammlungen haben universalen Charakter und dokumentieren die kulturelle Entwicklung der Menschheit von den Anfängen bis in die Gegenwart.